



Europäischer Demokrateschild und EU-Strategie für die Zivilgesellschaft

- Zwei Initiativen zur Steigerung demokratischer **Resilienz**, institutioneller **Kohärenz** und gesellschaftlicher **Teilhabe**
- **Demokrateschild**: Erhöhung kollektiver Resilienz **gegen Desinformation, Informationsmanipulation und externe Einflussnahme**
- Zentrales Instrument: **Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz**
- Strategie für die Zivilgesellschaft: Erweiterung der **Handlungsspielräume**, Verbesserung der **Schutzmechanismen** und struktureller **Einbindung in politische Prozesse**

Die Europäische Kommission hat am 12.11.2025 mit dem **Europäischen Demokrateschild** und der **EU-Strategie für die Zivilgesellschaft** zwei zentrale Initiativen zur Stärkung der demokratischen Governance, zur Sicherung des Informationsökosystems sowie zur Förderung der strukturellen Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure innerhalb der EU vorgelegt.

Beide Vorhaben konkretisieren die in den politischen Leitlinien und in der Rede zur Lage der Union von der Kommissionspräsidentin dargelegten **politischen Prioritäten**. Ziel ist die nachhaltige Festigung der demokratischen Grundarchitektur Europas, basierend auf freien Bürgerinnen und Bürgern, fairen und transparenten Wahlen, unabhängigen Medien, einer aktiven Zivilgesellschaft sowie belastbaren Institutionen.

Der **Europäische Demokrateschild** verfolgt das Ziel, die **kollektive Resilienz** der EU gegenüber **Desinformation, Informationsmanipulation und externer Einflussnahme** zu erhöhen. **Zentrales Instrument** ist das geplante **Europäische Zentrum für demokratische Resilienz**, das als **koordinierende Plattform** zur **Bündelung fachlicher Ressourcen, Expertise und nationaler Kapazitäten** dienen soll. Es soll den Wissens- und Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten fördern, Frühwarnmechanismen stärken und gemeinsame Reaktionsstrategien gegenüber Bedrohungen der demokratischen Integrität, **insbesondere gegenüber ausländischer Informationsmanipulation und -einmischung (FIMI) sowie Desinformation**, entwickeln. Ergänzend ist eine **mehrsektorale Stakeholder-**

Plattform vorgesehen, die **Kooperationen zwischen staatlichen Institutionen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Medien und Faktenprüfinitiativen** unterstützt.

Das **Maßnahmenpaket** des Europäischen Demokratieschildes stützt sich auf **drei zentrale Handlungsachsen**:

1. Sicherung der **Integrität des Informationsraums**,
2. Stärkung **demokratischer Institutionen**, freier und fairer **Wahlen** sowie unabhängiger **Medien**,
3. Förderung **gesellschaftlicher Widerstandsfähigkeit und bürgerschaftlicher Partizipation**.

Im Rahmen der ersten Handlungsachse wird die Kommission die **Zusammenarbeit mit den Unterzeichnenden des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation intensivieren** und ein **Krisenprotokoll** gemäß dem Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act) **implementieren**, um **koordinierte Gegenmaßnahmen** bei groß angelegten Informationsoperationen zu ermöglichen. Darüber hinaus wird ein **europäisches Faktenprüfnetzwerk** etabliert und die **Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien (EDMO)** mit **erweiterten Überwachungs- und Analysekapazitäten ausgestattet**.

Im Bereich der zweiten Säule stärkt die Kommission die **europäische Zusammenarbeit im Rahmen des Kooperationsnetzes für Wahlen**, entwickelt **Leitlinien zum verantwortungsvollen Einsatz von Künstlicher Intelligenz in Wahlprozessen** und legt **Maßnahmen zur physischen und digitalen Sicherheit politisch Agierender** vor. Zur Förderung einer pluralistischen Medienlandschaft wird das **Programm „Medienresilienz“** implementiert, das insbesondere unabhängigen und lokaljournalistischen Formaten finanzielle Unterstützung gewährt. Im Zuge der Überprüfung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste werden zudem Anpassungen zur **Stärkung gemeinwohlorientierter Medien und zur Modernisierung von Werbevorschriften** geprüft. Flankierend will die Kommission die bestehende Empfehlung zur Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten aktualisieren und die Maßnahmen zur Unterstützung des EU-Rahmens zur Bekämpfung missbräuchlicher SLAPP-Klagen (Strategic Lawsuits against Public Participation) intensivieren.

Die dritte Säule ist auf die Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz durch **gezielte Förderung von Medien- und Digitalkompetenz, staatsbürgerlicher Bildung und partizipativer Demokratietools** fokussiert (insbesondere auf lokaler Ebene und mit einem Schwerpunkt auf Jugendliche). Geplant ist die Errichtung eines **Bürgertechnologiezentrums zur Förderung digitaler Partizipation** sowie die **Einführung eines europäischen Demokratieleitfadens zur Aufklärung über demokratische Rechte**. Hinzu kommen ein **europaweiter Kompetenzrahmen für die Unionsbürgerschaft** sowie **Leitlinien zur Stärkung der staatsbürgerlichen Bildung in Schulen**. Eine Empfehlung zur evidenzbasierten Politikgestaltung soll die

Integration wissenschaftlicher Erkenntnisse in politische Entscheidungsprozesse institutionalisieren.

Über die interne Dimension hinaus enthält der Europäische Demokratieschild eine externe Komponente. Die Kommission will die Kapazitäten in europäischen Vertretungen und -Delegationen im Ausland stärken und Partnerschaften mit Drittstaaten nutzen, um gemeinsame Maßnahmen gegen ausländische Informationsmanipulation und Einflussnahme (FIMI) zu entwickeln und den zivilgesellschaftlichen Raum auch außerhalb der EU zu unterstützen.

Die **EU-Strategie für die Zivilgesellschaft** unterstreicht die systemrelevante Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen als Vermittelnde zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. **Ziel** ist es, deren **Handlungsspielräume zu erweitern, Schutzmechanismen zu verbessern und die strukturelle Einbindung in politische Prozesse** zu fördern.

Die Strategie definiert drei Zielsetzungen:

1. Förderung des Engagements:

Aufbau einer **EU-weiten Plattform für die Zivilgesellschaft** bis 2026 zur **Stärkung des institutionellen Dialogs über demokratische Werte und gesellschaftliche Teilhabe**,

2. Unterstützung und Schutz:

Einrichtung eines **Online-Wissenszentrums für den zivilgesellschaftlichen Raum**, das bestehende **Schutzmechanismen, Unterstützungsprogramme und Notfallhilfen für gefährdete Organisationen bündelt**,

3. Nachhaltige und transparente Finanzierung:

Erhebliche **Aufstockung der finanziellen Mittel** für zivilgesellschaftlich Agierende im Rahmen des neuen Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR), insbesondere durch das Programm AgoraEU mit einem Volumen von rund 9 Milliarden Euro. Ergänzend werden **Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu Förderinstrumenten** und zur **Kooperation mit privaten Fördernden sowie Pro-Bono-Netzwerken** implementiert.

4. Die Strategie setzt dabei primär auf Soft-Law-Instrumente und Förderprogramme; neue verbindliche Vorgaben oder Durchsetzungsmechanismen gegenüber Mitgliedstaaten zur Sicherung des zivilgesellschaftlichen Handlungsraums sind bislang nicht vorgesehen.

Bewertung:

Die Kommission setzt mit beiden Initiativen ein klares politisches **Signal zur Stärkung demokratischer Werte**. Hervorzuheben ist der umfassende, gesamtgesellschaftliche Ansatz, der Medien, Zivilgesellschaft, Forschung und Bürgerinnen und Bürger stärker miteinander vernetzen soll. Die geplante Einrichtung des Europäischen Zentrums für

demokratische Resilienz ist ein wichtiger Schritt für mehr Koordination, Wissenstransfer und Früherkennung von Desinformation. Die EU legt damit auch erstmals eine kohärente, langfristig angelegte Strategie zur finanziellen und strukturellen Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen vor.

Allerdings sind viele Maßnahmen noch unkonkret, haben derzeit lediglich symbolischen Charakter ohne klare Zuständigkeit oder verbindliche Umsetzungsmechanismen und sind lediglich freiwillig. **Im Kampf gegen Desinformation und äußere Einflussnahme wird zu beobachten sein, wie Eingriffe in den Informationsraum – etwa im Rahmen des DSA-Krisenprotokolls – mit Meinungs- und Medienfreiheit, rechtsstaatlichen Garantien und transparenter Rechenschaftspflicht der beteiligten Behörden in Einklang gebracht werden.** Beide Initiativen adressieren darüber hinaus derzeit kaum interne demokratische Defizite und den Schutz zivilgesellschaftlich Agierender in den Mitgliedstaaten; die Strategie setzt primär auf Soft Law und Förderprogramme.

Für die Mitgliedstaaten und ihre Regionen – insbesondere für den **Medienstandort NRW** – ergeben sich gleichwohl konkrete Anknüpfungspunkte: Dies gilt etwa für **den Schutz politisch und zivilgesellschaftlich Aktiver**, für die **Stärkung lokaler und unabhängiger Medien**, für die Arbeit der **Justiz** im Umgang mit **Hassdelikten, Drohungen** und **missbräuchlichen SLAPP-Verfahren** sowie für den **Ausbau** von Medien-, Demokratie- und Digitalkompetenz, insbesondere bei Jugendlichen. Zudem dürfte das Paket die Möglichkeit bieten, **zivilgesellschaftliche Projekte in NRW** – etwa in den Bereichen **Opferschutz, Antidiskriminierung, Demokratieförderung** und **strategische Prozessführung** – stärker über EU-Programme wie AgoraEU zu flankieren und diese gezielt mit landespolitischen Schwerpunkten zu verzahnen.

Kontakt:

Dr. Almut Schneider
Referat LV EU 1, Leiterin Fachpolitik Justiz
almut.schneider@lv-eu.nrw.de

Weiterführende Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission mit weiteren Verlinkungen](#)